



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO von der SPD Fraktion
Hier: Kooperative Baulandentwicklung mit NRW.URBAN

Beratungsfolge:

20.03.2018 Stadtentwicklungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung lädt für die nächste Sitzung des SteA einen Vertreter von NRW.URBAN Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH ein, der über das Projekt der „kooperativen Baulandentwicklung“ berichtet. Wie aus dem beiliegenden Pressebericht hervorgeht, wurde der Finanzrahmen für die „Entwicklungsgesellschaft auf Zeit“ landesweit von 20 auf 100 Millionen Euro verfünffacht.

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Mit der kooperativen Baulandentwicklung zwischen NRW.URBAN und der Verwaltung könnte es gegebenenfalls auch in Hagen gelingen, zusätzliche Flächen für einen bezahlbaren Wohnungsbau zu gewinnen. Dabei sollten insbesondere die Flächen in der Obernahrmer ins Auge gefasst werden, die bereits im Besitz von NRW.URBAN sind und die seit Jahren ergebnislos als Gewerbegebiet angepriesen werden.



Die Entwicklungsgesellschaft NRW.Urban sieht derzeit keine Möglichkeit, selbst die weitere Entwicklung der ehemaligen Krupp-Flächen in der Obernahrmer voranzutreiben.

Das landeseigene Unternehmen, in dem die frühere Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) aufgegangen ist zwar Besitzerin des Areals, fungiert aber nur als Treuhänder.

In einem am 12. Januar in WP/WR erschienenen Pressebericht zu der Problematik sagte Unternehmenssprecherin Aurélie Ölbey, dass derzeit ein Nutzungskonzept, das von der Stadt kommen müsse, fehlt.

In der Hohenlimburger Bezirkskonferenz zum Thema „Handlungskonzept Wohnen“ wurde kürzlich besonders vor dem „Ausbluten“ der Nahmer gewarnt. Hier müsste endlich eine sinnvolle Infrastruktur geschaffen werden. Dabei sollte nach Meinung der SPD-Fraktion kein Versuch ausgelassen werden, um gemeinsam mit NRW.URBAN endlich zu einer Zielvereinbarung zu kommen.

Siehe Anlage : SPD Antrag

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)



sind nicht betroffen



sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An den
Vorsitzenden
des Stadtentwicklungsausschusses
Herrn
Dr. Stephan Ramrath
im Hause

Hagen, 08. März 2018

Kooperative Baulandentwicklung mit NRW.URBAN

Sehr geehrter Herr Dr. Ramrath,

wir bitten um Aufnahme des o.g. Antrages für die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, gem. §6 Abs.1 GeschO, am 20. März 2018.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung lädt für die nächste Sitzung des SteA einen Vertreter von NRW.URBAN Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH ein, der über das Projekt der „kooperativen Baulandentwicklung“ berichtet. Wie aus dem beiliegenden Pressebericht hervorgeht, wurde der Finanzrahmen für die „Entwicklungsgesellschaft auf Zeit“ landesweit von 20 auf 100 Millionen Euro verünffacht.

Begründung:

Mit der kooperativen Baulandentwicklung zwischen NRW.URBAN und der Verwaltung könnte es gegebenenfalls auch in Hagen gelingen, zusätzliche Flächen für einen bezahlbaren Wohnungsbau zu gewinnen. Dabei sollten insbesondere die Flächen in der Obernahrmer ins Auge gefasst werden, die bereits im Besitz von NRW.URBAN sind und die seit Jahren ergebnislos als Gewerbegebiet angepriesen werden.

Die Entwicklungsgesellschaft NRW.Urban sieht derzeit keine Möglichkeit, selbst die weitere Entwicklung der ehemaligen Krupp-Flächen in der Obernahrmer voranzutreiben.

Das landeseigene Unternehmen, in dem die frühere Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) aufgegangen ist zwar Besitzerin des Areals, fungiert aber nur als Treuhänder.

In einem am 12. Januar in WP/WR erschienenen Pressebericht zu der Problematik sagte Unternehmenssprecherin Aurélia Ölbey, dass derzeit ein Nutzungskonzept, das von der Stadt kommen müsse, fehlt.

In der Hohenlimburger Bezirkskonferenz zum Thema „Handlungskonzept Wohnen“ wurde kürzlich besonders vor dem „Ausbluten“ der Nahmer gewarnt. Hier müsste endlich eine sinnvolle Infrastruktur geschaffen werden. Dabei sollte nach Meinung der SPD-Fraktion kein Versuch ausgelassen werden, um gemeinsam mit NRW.URBAN endlich zu einer Zielvereinbarung zu kommen.

Mi freundlichen Grüßen

Jörg Meier
SPD-Ratsfraktion

Ministerin Scharrenbach: Mehr bezahlbares Bauland durch Unterstützung der Kommunen: 100 Millionen Euro für kooperative Baulandentwicklung

18. Januar 2018 Ministerin Ina Scharrenbach hat in Telgte mit Bürgermeister Wolfgang Pieper die erste Zielvereinbarung zur Umsetzung der kooperativen Baulandentwicklung unterzeichnet.

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung teilt mit:

Ministerin Ina Scharrenbach hat in Telgte mit Bürgermeister Wolfgang Pieper die erste Zielvereinbarung zur Umsetzung der kooperativen Baulandentwicklung unterzeichnet. „Ohne Bauland, kein Bauen. Ohne bezahlbares Bauland kein bezahlbares Bauen und damit kein bezahlbares Mieten. Inzwischen stellt sich nahezu landesweit die Herausforderung von Grundstücksverfügbarkeiten. Mit der NRW.URBAN Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH steht den Städten und Gemeinden eine 'Entwicklungsgesellschaft auf Zeit' zur Verfügung. In einem ersten Schritt haben wir den dafür landesweit zur Verfügung stehenden Finanzrahmen von ursprünglich 20 Millionen auf 100 Millionen Euro verfünffacht. Mit der kooperativen Baulandentwicklung wird es uns gelingen, zusätzliche Flächen auch für den bezahlbaren Wohnungsbau zu gewinnen“, betonte Ministerin Scharrenbach.

Als erste Stadt wird Telgte die Entwicklungsgesellschaft des Landes NRW.URBAN KE treuhänderisch mit dem Erwerb und der Entwicklung eines neuen Baugebietes beauftragen. Insgesamt soll dort ein gemischtes Quartier mit Geschosswohnungen, Reihenhäusern und Einfamilienhäusern mit rund 330 Wohneinheiten entstehen. Eine der wesentlichen Herausforderungen bei der Schaffung neuen Wohnraums ist neben der Grundfrage der Grundstückverfügbarkeiten inzwischen die personelle Ausstattung der kommunalen Bauämter. „Vielerorts zeigt sich, dass beispielsweise Förderprogramme schleppend abgearbeitet werden oder Bebauungspläne als Grundlage für den Bau zeitnah nicht auf den Weg gebracht werden können, weil die technischen Ämter inzwischen einen Flaschenhals im System darstellen. Viele freie Stellen können nicht besetzt werden. Die landeseigene 'Entwicklungsgesellschaft auf Zeit' bietet den Kommunen die Möglichkeit sich das know-how ins eigene Haus zu holen. Dabei behalten sie über den gesamten Zeitraum den vollen kommunalen Einfluss“, sagte Scharrenbach.

Drucken